

Stellungnahme



Berufsbildungsbericht 2022

1. Gemeinsame Stellungnahme von Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Länderbank im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2022

04.05.2022

2. Ergänzende Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2022

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

Jan Krüger
Abteilungsleiter

jan.krueger@dgb.de

Telefon: 030 24060-297
Mobil: 0151 50252034

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de



Gemeinsame Stellungnahme von Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Länderbank im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2022

Wir bedanken uns beim Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie beim Bundesinstitut für Berufsbildung für den vorgelegten Bericht. Dieser ist umfassend und informativ. Er gibt einen guten Überblick über den aktuellen Stand in der Berufsbildung und liefert zugleich zahlreiche Hintergrundinformationen für Detailanalysen.

Aus- und Weiterbildung sowie die Umsetzung der Prüfungen in der beruflichen Bildung sind auch im vergangenen Jahr während der Pandemie allen Widrigkeiten zum Trotz überwiegend gelungen. Berufsschulen, Ausbildungsbetriebe und zuständigen Stellen haben es gemeinsam mit den Auszubildenden geschafft, trotz aller Herausforderungen die Berufsausbildung für die Absolventinnen und Absolventen zu einem gelungenen Abschluss zu bringen. Hierfür gebührt allen ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern, Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Lehrerinnen und Lehrern unser herzlicher Dank.

Die Situation am Ausbildungsmarkt bleibt auch nach zwei Jahren mit Corona-Einschränkungen herausfordernd. Die Gefahr einer Abwärtsspirale bei den Neuverträgen ist nicht gebannt. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt trotz einer Steigerung von 1,2 Prozent deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Es besteht die Gefahr, dass sich der Ausbildungsmarkt, wie schon nach der Finanzkrise, nicht mehr gänzlich erholt. Dies hätte schwerwiegende negative Konsequenzen für die Lebenschancen einer großen Zahl junger Menschen und für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Unternehmen.

Für eine abschließende Bewertung der Auswirkungen der Corona-Einschränkungen im Hinblick auf die Vertragslösungsquote und die Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen, die den vorliegenden Daten nach mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind, ist es noch zu früh, denn der Berichtszeitraum bildet noch nicht die Situation im Jahr 2021 ab. Viele Auszubildende werden einen bedeutenden Teil ihrer Ausbildung nur unter Corona-Bedingungen kennengelernt haben. Angebote wie Prüfungsvorbereitungen werden deshalb noch eine längere Zeit notwendig bleiben. Für eine langfristige Erholung des Ausbildungsgeschehens sollen wieder mehr Betriebe für die Ausbildung und mehr Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze gewonnen werden. Der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote wie auch der deutliche Rückgang der Bewerberinnen und Bewerber sind wichtige Signale für die weitere Entwicklung. Für die Bekämpfung des Fachkräftemangels ist es außerdem erforderlich, das passgenaue Zusammenführen von Angebot und Nachfrage weiter zu verbessern. Dafür muss die berufliche Orientierung gestärkt und eine bedarfsorientierte Unterstützung gewährleistet werden, um den Übergang in Ausbildung sicherzustellen. Unser Ziel ist es, alle angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen und alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber in eine Ausbildung einmünden zu lassen.

Alle Akteure der Beruflichen Bildung müssen deshalb die Anstrengungen für den Übergang Schule-Beruf und für die Attraktivität der Beruflichen Bildung fortsetzen, weiterentwickeln und zielgerichtet ausbauen.



Ergänzende Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2022

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt bietet keinen Grund zum Aufatmen. Die leichte Erholung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge darf nicht über die tiefer liegenden, strukturellen Herausforderungen hinwegtäuschen. Das Duale Ausbildungssystem erfüllt eine zentrale Funktion für Chancengleichheit im Bildungssystem und bietet durch gut ausgebildete Fachkräfte die Basis für wirtschaftliches Handeln der Betriebe. Die Zahlen des Berufsbildungsberichts zeigen, dass beide Funktionen nur noch unzureichend erfüllt werden.

Eine Fokussierung auf die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze verschleiert die tatsächlichen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt. Den 63.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen stehen immer noch 68.000 junge Menschen gegenüber, die weiterhin ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten und auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle sind. Hinzu kommen 20.000 ehemalige Bewerber*innen, bei denen kein Vermittlungsauftrag mehr besteht, die aber arbeitssuchend gemeldet sind. Auch können Nachfrage und Angebot nicht einfach gegeneinander aufgerechnet werden, weil sie regional und branchenspezifisch sehr unterschiedlich ausfallen.

Besorgniserregend ist der drastische Rückgang der gemeldeten Bewerber*innen bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Es ist zu befürchten, dass viele junge Menschen durch die Einschränkungen der Berufsorientierung nicht erreicht werden konnten und auf andere Wege ausgewichen sind. Hierfür sind dringend weitere Untersuchungen notwendig.

Trotz des Fachkräftemangels münden immer noch nur ca. 2/3 der ausbildungsinteressierten jungen Menschen tatsächlich in eine reguläre Ausbildung ein. Damit wird das große Potenzial zur Gewinnung von Auszubildenden deutlich, das von den Betrieben nicht ausgeschöpft wird.

Dagegen ist der Anteil der Betriebe, die sich an der Ausbildung beteiligen, erneut auf einen Tiefstand gesunken. Beteiligt sich 2012 noch 21,2 Prozent der Betriebe an Ausbildung sank die Ausbildungsbeteiligung bis 2020 auf 19,4 Prozent. Seit vielen Jahren schon ist dieser Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung zu beobachten, der zu einer immer größeren Schiefelage führt. An den Kosten der Fachkräftesicherung sollte sich nicht nur eine kleine Minderheit der Betriebe beteiligen.

Zu viele junge Menschen bleiben jedes Jahr ohne qualifizierte Berufsausbildungsstelle. Bei ihnen ist die Gefahr hoch, dass sie letztlich ohne Berufsabschluss bleiben und vor einem Erwerbsleben mit prekären Jobs stehen. Die Zahl der jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsschulabschluss steigt seit Jahren und beträgt nun 2,32 Mio. Menschen. Diese Entwicklung darf nicht länger hingenommen werden.

Die Bundesregierung muss deshalb die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Versprechen zur Stärkung der Beruflichen Bildung schnell angehen. Wir dürfen es uns nicht mehr leisten,



Menschen auf dem Weg in die Ausbildung zu verlieren und wir müssen allen die Chance auf einen Berufsabschluss ermöglichen.

Dazu gehört vor allem die Umsetzung der Ausbildungsgarantie. Mit einer solchen Garantie bekämen alle ausbildungsinteressierten jungen Menschen eine Chance auf eine Ausbildung und einen Berufsabschluss. Warteschleifen auf dem Weg zur Ausbildung und ein steigender Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss müssen deshalb der Vergangenheit angehören. Begleitet werden muss diese Ausbildungsgarantie von einem umlagefinanzierten Zukunftsfonds, um alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung von Fachkräften zu beteiligen und diejenigen zu unterstützen, die ausbilden.

- Neben der Ausbildungsgarantie muss die Berufsorientierung an Schulen und bei den Arbeitsagenturen verbessert und gestärkt werden. Auch muss ein systematisches regionales Übergangsmanagement von der Schule in die Arbeitswelt geschaffen werden. Jugendberufsagenturen sollten hierfür institutionell und konzeptionell in allen Regionen etabliert werden. Ausbildungslotsen der Jugendberufsagentur sollten ein Netzwerk zu den Ausbildungsbetrieben und Ausbildungsanbietern der Region haben und im direkten Kontakt mit den für Berufsorientierung an den Schulen zuständigen Lehrkräften stehen. So können sie junge Menschen am Übergang zwischen Schule und Ausbildung gezielt unterstützen.
- Eine Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung muss außerdem den zweiten Lernort Berufsschule stärken. Bund und Länder müssen deshalb dringend den Pakt für Berufsschulen auf den Weg bringen und in Ausbildungskonzepte, Gebäude, Ausstattung und Lehrkräfte investieren.